

Bärenareal: Forum fährt schweres Geschütz auf

Wattenwil Der Gemeinderat missbrauche die Coronakrise, um seine Ziele durchzusetzen. Diesen Vorwurf erhebt das Forum Wattenwil.

Marc Imboden

Über den Kauf des Bärenareals soll die Bevölkerung an der Urne entscheiden statt an der Gemeindeversammlung. Dies erklärte der Wattenwiler Gemeindepräsident Peter Hänni (FDP) gegenüber dieser Zeitung (wir berichten).

Ein entsprechendes Gesuch sei bei Regierungsstatthalter Marc Fritschi eingereicht worden. Der Gemeinderat begründet dieses Vorgehen mit dem Zeitdruck seitens der Liegenschaftsbesitzerin Previs; er befürchtet, dass sonst die Verkaufsverhandlungen abgebrochen werden könnten.

Doch nicht alle sind mit den Plänen des Gemeinderates einverstanden. Widerstand kommt vom Verein Forum Wattenwil. Diese Organisation versteht sich als politisch unabhängig und konfessionell neutral, befasst sich mit Fragen der hiesigen Lebensqualität und bringt sich in

den politischen Entscheidungsprozess ein.

«Grosser Diskussionsbedarf»

«Unserer Ansicht nach besteht noch grosser Diskussionsbedarf zu diesem Traktandum. Dieser kann nur an einer Gemeindeversammlung befriedigt werden», betont Toni Bähler vom Vorstand Forum Wattenwil. Bei diesem Geschäft handle es sich nicht nur um den Kauf einer Liegenschaft. «Wie der Gemeinderat ja selber betont, spielen auch strategische Aspekte in der Gemeindeentwicklung mit.»

Aus Sicht des Gemeinderates gebe es zwei Argumente für den Kauf: Falls Wattenwil mit einer oder mehreren anderen Gemeinden fusionieren würde, wäre im Bärenareal genug Platz vorhanden für die Verwaltung. Zudem könnten die Räumlichkeiten als Provisorium benutzt werden, wenn der heutige Sitz der Verwaltung an der Vorgasse 1 saniert wird.

«Soll ein so weit greifendes Projekt, welches für die Gemeinde echt Weichen stellt, diskussionslos an der Urne entschieden werden?», fragt das Forum Wattenwil und gibt sich die Antwort gleich selber: Nein. Denn «es handelt sich um ein Geschäft mit reichlich spekulativem Ansatz. Es entspricht keinem unmittelbaren Bedürfnis der Bevölkerung, umso mehr sollte an einer Gemeindeversammlung darüber diskutiert werden», fordert Bähler.

«Wir haben das dumpfe Gefühl, dass der Gemeinderat in erster Linie das wegen der Coronapandemie vom Bundesrat ausgereufene Notrecht zu seinen Gunsten interpretiert, um dem Stimmvolk die Möglichkeit zu nehmen, an der Gemeindeversammlung über dieses Geschäft zu befinden.»

Previs möchte umbauen

«Dieser Vorwurf ist deplatziert und nicht nachvollziehbar», re-

agierte Gemeindepräsident Peter Hänni. «Der Gemeinderat würde das Geschäft nämlich lieber von der Gemeindeversammlung entscheiden lassen statt an der Urne.» Doch die Zeit dränge, da die Vorsorgeeinrichtung Previs als Eigentümer die Liegenschaft umbauen möchte: einerseits die Wohnungen sanieren, andererseits ein Verkaufslokal für eine Denner-Filiale einrichten. «Die Previs ist aber bereit, ihre Pläne fallen zu lassen und an uns zu verkaufen. Aber sie wird nicht ewig warten.»

Für den 26. März war eine ausserordentliche Gemeindeversammlung vorgesehen, welche abgesagt werden musste. «Nun müssen wir uns möglichst noch in diesem Sommer entscheiden. Wir sind aber im Kontakt mit dem Verkäufer und lokalen auch ihre Möglichkeiten aus, falls der Regierungsstatthalter eine Urnenabstimmung ablehnen würde», sagte Peter Hänni weiter.

Der Stadtrat

Thuner Stadtrat (1) Es war die wahrscheinlichsten unter speziellen (Hygiene-)Umständen. Von

Michael Gurtner

Hier wird getanzt, gefeiert, getratscht. Hier stehen Musiker auf der Bühne, finden Theateraufführungen statt, zeigen (Klein-)Künstler ihr Können. Normalerweise. Doch kaum etwas ist normal an diesem Abend im Lachensaal des KK Thun. Es stehen nicht dicht gedrängt Menschen, die etwa einem Konzert beiwohnen wollen. Nein, es stehen Pulte verteilt im ganzen Raum, an denen je eine Person sitzt. Mit gebührendem Abstand zur Nebenfrau und zum Nebenmann. Gemeinsam und doch irgendwie ein bisschen allein. Stadtrat in Zeiten der Corona-Krise. «Wir können hier heute zwar eine Stadtratssitzung in würdigem Ambiente durchführen, aber es ist untrüglich, dass wir uns nach wie vor in einer aussergewöhnlichen Situation befinden und die Normalität noch nicht wieder eingekehrt ist», sagt **Stadtpäsident Raphael Lanz (SVP)** denn auch gleich zu Beginn in seiner Erklärung zur Lage der Stadt Thun.

Verwaltung: Ein Corona-Fall

Nicht einfach normal war schon der Einmarsch der Stadtratsmitglieder in den Minuten zuvor. Einzeln tröpfelten sie im KK Thun ein, Hände wurden nicht geschüttelt, sondern desinfiziert, aus gebührender Distanz wurde nach dem Befinden gefragt. Immerhin: Die Stimmung war ruhig, gelassen. So viel Normalität

darf sein. Nicht normal ist wiederum, dass der Gemeinderat zuletzt laut **Stapi Lanz** diverse Geschäfte innert nur einer Woche vorbereitet und verabschiedet habe. Sein Gesamtfazit fällt für Thun aber positiv aus: «Wir haben die herausfordernde Situation gut gemeistert, dank grossem Engagement von allen – von der Bevölkerung, der Stadtverwaltung, allen bestehenden und spontan gebildeten Organisationen.» **Lanz** nennt diverse Beispiele dafür, was in der Stadtverwaltung alles umgesetzt werden musste. Und er weist darauf hin, dass etwa bei den Sozialdiensten die Zahl der telefonischen Anfragen und Gespräche stark gestiegen sei. «Anmeldungen für Sozialhilfe hat es im März deutlich mehr gegeben. Im April, als mehr Klarheit über Massnahmen des Bundesrates geherrscht hat, ist die Zahl wieder auf ein normales Niveau gesunken.» In der 800-köpfige Stadtverwaltung habe man bis heute einen bestätigten Corona-Fall verzeichnet – die Person sei wieder gesund. Und auf die ganze Thuner Bevölkerung bezogen, lobt der Stapi: «Wir sind in einer von Abstandhalten geprägten Zeit näher zusammengerückt.» Mehr Abstand und doch mehr Nähe: Nein, normal ist das ganz bestimmt nicht.

Kleine Betriebe im Fokus

Abnormal heftig getroffen wurde und wird die Wirtschaft – auch in Thun. Deshalb hat der Gemeinderat ein Massnahmenpaket geschnürt und legt dem Stadtrat einen 2-Millionen-Franken-Kredit vor. «Besonders betroffen sind Klein- und Kleinstbetriebe. Genau solche sind im Fokus dieses Geschäfts», erklärt **Raphael Lanz**. Unternehmen, die nachweislich durch die Corona-Krise in eine Notlage geraten sind und die Hilfsangebote von Bund und Kanton ausgeschöpft haben, können A-fonds-perdu-Beiträge beantragen. Wird der

«Wir sind in einer von Abstandhalten geprägten Zeit näher zusammengerückt.»

Stadtpäsident Raphael Lanz



Stadtrat Peter Aegerter (SVP) beim Händedesinfizieren.



Wo sitze ich nun? Andreas Kübli (GLP) informiert sich.

in Zeiten des Virus – total unnormal

ungewöhnlichste Sitzung des Stadtparlaments in dessen 101-jähriger Geschichte: Gestern Abend traf sich der Stadtrat im KK Thun Optimismus in schwierigen Zeiten, seltener Einigkeit und einem Entscheid, der Thuner KMU in der Krise helfen soll.



Die Mitglieder des Thuner Stadtrats tagten gestern vor ungewohnter Kulisse im Lachensaal des KK Thun – inklusive genügend Abstand zueinander. Fotos: Patric Spahni

Antrag genehmigt, zahlt die Stadt einmalig zwischen 5000 und maximal 50'000 Franken aus. «Wir wollten eine einfache Lösung», führt **Lanz** aus. «Aber wir verteilen Steuergelder.» Es brauche deshalb ein Verfahren, das Willkür ausschliesse und Rechtsgleichheit ermögliche – eine gewisse Komplexität sei unausweichlich. Vielleicht ein wenig komplizierter als erhofft sei das «Päckli» ausgefallen, sagt denn auch Jonas Baumann (Fraktion EVP/EDU/CVP), der sich für

die zuständige Sachkommission äussert. Aus dieser trägt er die Info in die Sitzung, dass damit gerechnet werde, dass es rund 300 Gesuche geben werde und rund 150 berücksichtigt werden könnten. Für Baumann ist klar: «Die Politik will die Wirtschaft nicht sitzen lassen»

Viel Lob, grosser Dank

«Es ist wichtig und richtig, dass es auch Unterstützung auf kommunaler Ebene gib», sagt Peter Aegerter (SVP). Gerade Kleinst-

betriebe drohten durchs Netz zu rutschen. «Dieses Zeichen wird Zuversicht und Mut zum Weitermachen generieren.» Es sei nicht an der Zeit zu jammern – «Wir müssen handeln», betont Hanspeter Aellig (FDP), der zudem von einem «grossartigen Zeichen der Stadt gegenüber den KMU» spricht. Wichtig sei, dass die Kriterien für die Hilfe messerscharf formuliert seien. Nicole Krenger (GLP/BDP) stellt die Frage, ob es sich nicht um einen Tropfen auf den heissen Stein handle – und

beantwortet sie gleich selber: «Wir glauben daran, dass es eine Wirkung entfalten wird.» Thomas Rosenberg (Grüne) weist auf die Wichtigkeit der lokalen Wirtschaft hin: «Kurze Wege sind im Krisenfall nachhaltiger und sicherer.» Der Solidaritätsfonds sei «mehr als nur eine schöne Geste». Und Martin Allemann (SP) findet: «Der Gemeinderat hat wieder einmal bewiesen, dass er nicht nur verwaltet, sondern auch gestalten kann.» Es sei richtig, die Firmen mit A-fonds-per-

du-Beiträgen statt Krediten zu unterstützen. So viel Einigkeit, so viele Dankesworte an Gemeinderat und Verwaltung: Nein, ganz normal ist auch das nicht.

Doch nicht ganz unnorm

Und so wird der Verpflichtungskredit zur Abfederung der Corona-Notlage einstimmig angenommen. Den Passus, dass die 2 Millionen aus der Spezialfinanzierung Investitionen entnommen werden sollen, hat der Gemeinderat im Übrigen zuvor zu-

rückgezogen – wo das Geld verbucht wird, soll erst später entschieden werden. Auch in der Folge legt der Stadtrat in dieser denkwürdigen Sitzung sehr viel Einigkeit an den Tag. Ein Abend, der komplett in Minne verläuft? Nun, nicht ganz. Im allerletzten Traktandum – dem Kredit für ein Vorprojekt zur Sanierung und zum Ausbau der Burger- und General-Wille-Strasse – ist es vorbei mit der Einigkeit. Und so ist am Ende doch nicht ganz alles total unnorm...

Vor allem das Gastgewerbe ist betroffen

Stellenlose Die Arbeitslosigkeit stieg im April auch im Oberland stark an.

«Die bundesrechtlich angeordneten Betriebsschliessungen und das Verbot der Veranstaltungen haben zu einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit im Monat April geführt: Dies schreibt der Kanton in seiner Mitteilung vom Donnerstag. Das sei umso bezeichnender, weil die Arbeitslosigkeit saisonal bedingt im April sinke. Den grössten Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichnete wie im Monat März das

Gastgewerbe (+515 Personen). Die Coronavirus-Krise führte auch in den übrigen Branchen zu steigenden Arbeitslosenzahlen. Bereinigt um die saisonalen Einflüsse, nahm die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat stark zu. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stieg von 2,1 auf 2,6 Prozent. In allen Verwaltungskreisen des Kantons stieg die Arbeitslosigkeit an, am stärksten in den touristisch geprägten Verwaltungskreisen des Oberlands.

So lag sie im Verwaltungskreis Interlaken-Oberhasli mit 3,3 Prozent und damit einer Zunahme um 1,3 Prozent besonders hoch. In Zahlen sind dies 328 Arbeitslose mehr. Betroffen ist aber auch die Region Obersimmental-Saanen, wo die Arbeitslosigkeit um 0,7 Prozent auf 2,4 Prozent zunahm. Im Verwaltungskreis Thun lag die Quote im April bei 2,1 Prozent (+0,3), und im Gebiet Frutigen-Niedersimmental war sie mit 1,5 Pro-

zent sogar so tief wie nirgends im Kanton. Doch auch hier nahm sie um 0,3 Prozent zu.

Kurzarbeit: 2822 Gesuche

Verglichen mit dem April 2019, sind im Kanton Bern 4417 Personen mehr arbeitslos. Aufgrund der ausserordentlichen Lage trafen 2822 Gesuche zur Kurzarbeit ein.

Sie betrafen 36'478 Beschäftigte (März: 16'204 Gesuche, 170'968 Beschäftigte). (pd/don)

Nach Verbot: Schutzkonzept regelt Flusssurfen neu

Thun Das Surfen bei der Scherzligschleuse war diese Woche zwischenzeitlich verboten. Dank eines adaptierten Schutzkonzepts können Surfer ihr Hobby nun wieder ausüben.

Mit den steigenden Temperaturen im Frühling steigt in Thun jeweils auch die Zahl der Flusssurferinnen und -surfer – insbesondere bei der beliebten stehenden Welle unterhalb der Scherzligschleuse. Am Montagabend kam es dort jedoch zu einem Polizeieinsatz. Ein Augenzeuge berichtete dieser Zeitung, dass die Surfer von der Schleuse «verjagt» worden seien, weil drei anwesende Fischer dies offenbar so verlangt hätten. Auf Anfrage bestätigt Dominik Jäggi, Mediensprecher der Kantonspolizei Bern, den Einsatz: «Wir haben am Montag Surfer und Zuschauer angesprochen und auf die geltenden Regeln rund um Covid-19 aufmerksam gemacht.» In der Folge habe die Polizei den Zugang zum Wasser geschlossen. Zum Auslöser des Einsatzes äussert sich Jäggi nicht.

Maximal 10 Leute im Wasser

Seit dem späteren Mittwochnachmittag ist das Flusssurfen

nun wieder erlaubt. Sandro Sant-schi, Präsident des Vereins Flusssurfen Thun, hat nach dem Zwischenfall vom Montag mit den Stadtbehörden und der Polizei das Gespräch gesucht und innert kürzester Zeit ein Schutzkonzept ausgearbeitet. Es handelt sich um ein auf die lokalen Begebenheiten in Thun adaptiertes Kon-

zept, das auf dem Verbandskonzept der Swiss Surfing Association (SSA) beruht. Letzteres wurde durch das Bundesamt für Sport genehmigt.

Die wichtigsten Regeln besagen, dass sich nie lediglich eine Person auf der Welle bewegen darf und sich maximal 10 Surferinnen und Surfer gleichzeitig im

Wasser aufhalten dürfen. Markierungen entlang der Ufermauer und am Geländer sollen dafür sorgen, dass der geforderte 2-Meter-Abstand nicht unterschritten wird. Zudem ist der Zutritt derzeit nur von der Seite Bahnhof her erlaubt, nicht aber von der Seite Freienhof.

«Die neuen Regeln gelten ab sofort und bis auf weiteres», sagt Sant-schi, der sich auch im Vorstand der SSA engagiert und die wohlwollende Zusammenarbeit mit Stadt und Polizei ausdrücklich lobt. Auf Infotafeln bei der Schleuse werden Zaungäste darauf hingewiesen, Menschenansammlungen zu vermeiden. Die Surf-Community wird zudem auf der Vereinswebsite aufgefordert, aktiv Verantwortung zu übernehmen: «Es ist die Aufgabe von uns allen, auch Zuschauerinnen und Zuschauer auf die Abstandsregelungen hinzuweisen», heisst es dort.

Gabriel Berger



Ein Surfer auf der Welle bei der Scherzligschleuse in Thun. Im Hintergrund sind an der Ufermauer in Gelb die Markierungen zum Einhalten der Abstandsregeln zu erkennen. Foto: Gabriel Berger

Geld für Strassenprojekt

Stadtrat (4) Der Ausbau der Burger- und der General-Wille-Strasse kann geplant werden.

15'000 Fahrzeuge verkehren im Schnitt jeden Tag auf der Verkehrsachse vom Bypass Thun-Nord über die General-Wille- und die Burgerstrasse in Richtung des Thuner Südens. Nun plant die Stadt die Sanierung und den Ausbau der Burger- und der General-Wille-Strasse (vgl. Ausgabe von gestern). So sollen die Strassen auf einer Länge von 1600 Metern verbreitert werden. Dem Parlament legte der Gemeinderat einen Kredit von 260'000 Franken für ein Vorprojekt zur Genehmigung vor. Dieses soll etwa die Machbarkeit der Verbreiterung nachweisen und eine genaue Kostenschätzung ermöglichen. Mitparteien und Bürgerliche signalisierten Unterstützung: Der Handlungsbedarf sei dringend, die Sicherheit werde gerade auch für Velofahrende verbessert. Die Grünen reichten jedoch einen Rückweisungsan-

trag ein. «Wir wollen das Projekt nicht verhindern», betonte Michelle Marbach. Doch damit dem Langsamverkehr genügend Rechnung getragen werde, müssten zuerst Varianten für die Verkehrsführung ausgearbeitet werden, unter Einbezug von Interessiertenverbänden. Die SP schloss sich den Grünen an.

Hädeners flammende Rede

«Wir stehen ganz am Anfang», betonte Gemeinderat Konrad Häden-er (CVP) in einem äusserst engagierten Votum. Das Vorprojekt werde Varianten enthalten, Interessierte würden sowieso abgeholt. Der Rückweisungsantrag mache keinen Sinn. Nach einem Sitzungsunterbruch zogen die Grünen ihren Antrag zurück. Sie und die SP enthielten sich in der Schlussabstimmung. Der Kredit wurde mit 24 Ja-Stimmen angenommen. (mik)